

13.05.2012



MITEINANDER FÜR EUROPA

Ein Europa in Vielfalt und Geschwisterlichkeit

Brüssel (idea) - Für ein „Europa in Vielfalt und Geschwisterlichkeit“ setzen sich die Mitglieder von mehr als 300 christlichen Gemeinschaften aus 15 Ländern ein. Sie führten am 12. Mai einen Europa-Tag mit einer zentralen Veranstaltung in Brüssel und lokalen Treffen in rund 130 europäischen Städten durch. Nach Angaben der Organisatoren des Netzwerks „Miteinander für Europa“ nahmen daran mehr als 50.000 evangelische, katholische und orthodoxe Christen teil. In einem in Brüssel verlesenen Manifest heißt es, „dass wir unser geschwisterliches Miteinander in den Dienst an der Einheit und am Frieden Europas und der Welt stellen wollen. Gemeinsam bekräftigen wir unseren Einsatz für ein geeintes und gastfreundliches Europa, in dem Freiheit, Barmherzigkeit und Solidarität das Zusammenleben prägen.“

Europa solle sich „mit Großzügigkeit den Bedürfnissen der ärmeren Länder öffnen und den Frieden und das Zusammenleben aller Menschen in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellen“.

Grundlage für das christliche Engagement sei die Erfahrung, „dass unsere Verschiedenheit kein Grund zur Spaltung ist, sondern eine Vielfalt von Gaben und Begabungen zum Ausdruck bringt, einen Reichtum, aus dem wir schöpfen können. In unserem Miteinander haben wir erlebt, dass Einheit möglich ist, eine Einheit, die die eigene Identität nicht verwischt, sondern stärkt.“

Warnung vor Rückfall in Nationalismus

Vor rund 1.000 Delegierten warnte der italienische Minister für internationale Zusammenarbeit und Integration und Gründer der überkonfessionellen Gemeinschaft Sant'Egidio, Andrea Riccardi, vor einem Rückfall in Nationalismus. Die meisten europäischen Länder könnten die globalen

Herausforderungen, die Wirtschaftskrise und den Wettbewerb mit den asiatischen Giganten nicht allein meistern. Versuchten sie es dennoch, drohten die christlichen Werte im Strom der Globalisierung unterzugehen, „was einen Verlust an Freiheit und Humanismus für den Planeten bedeutet“. Als „größtes Elend Europas“ bezeichnete Riccardi einen „Mangel an Hoffnung“. Dem könnten Christen entgegenwirken, indem sie „ein grenzüberschreitendes Klima von Sympathie und Solidarität schaffen, das Gespür für eine gemeinsame Bestimmung wach halten und ein soziales Netzwerk knüpfen“. Der geistliche Leiter des CVJM München, Thomas Römer, rief dazu auf, die Werte des Evangeliums als Grundlage eines menschlichen Miteinanders neu in den Blick zu nehmen. Dazu gehöre, dass man in Politik, Wirtschaft und Kultur barmherzig miteinander umgehe, anstatt sich nur am Geld auszurichten. Die von Jesus Christus gebotene Liebe bedeute, das Leben in allen seinen Phasen zu schützen, Ehe und Familie zu fördern und die ältere Generation zu achten. An der Brüsseler Veranstaltung wirkten auch der ehemalige Präsident der europäischen Kommission, Romano Prodi, und die Präsidentin der katholischen Fokolar-Bewegung, Maria Voce, sowie EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy per Videoschaltung mit.

Stadtrallye zum Thema Umwelt und Familie

Die zentrale Veranstaltung wurde per Satellit an etwa 130 Städte in Europa übertragen, wo zum Teil ganztägige Treffen von christlichen Gruppen stattfanden. In Deutschland kamen etwa 10.000 Menschen zu einer von 28 regionalen Zusammenkünften in Kirchen, Rathäusern und Vereinsräumen sowie vor Freiluftbühnen zusammen. In Frankfurt am Main organisierten Christen eine Stadtrallye für Jugendliche mit Stationen zum Thema Umwelt, Familie, Leben und Frieden. Am Abend fand eine ökumenische Gebetsnacht statt. In der Schweiz wurde das Brüsseler Treffen an zehn Orten übertragen.

Zwei große Kongresse in Stuttgart

Das Netzwerk „Miteinander für Europa“ umfasst rund 300 christliche Bewegungen und Gemeinschaften in 15 Ländern. Es entstand 1999 und führte 2004 und 2007 in Stuttgart zwei internationale Kongresse mit jeweils rund 8.000 Teilnehmern durch. Danach bildeten sich in vielen Städten kleine ökumenische Netzwerke, die sich für das Wohl von Kindern und Familien, für Benachteiligte und Randgruppen oder für eine gerechte Wirtschaft und eine Politik zum Wohl der Bürger engagieren.

Foto: PR